

# Halle-Zeitung

## Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Erzählt wesentlich am Samstag, am Sonntag ein Feuilleton. Die Tages-Beilage beträgt in Einzel und zum Teil durch die Zeit bei freier Zustellung monatlich M. 25.00, in den Hauptbeilagen ebenfalls M. 25.00 monatlich. Die abgesetzte Postenliste monatlich M. 2.50, in ausserordentlichen Fällen M. 3.00. Postenliste der Halbesche-Beilage M. 2.00 in Einzelhefte und M. 10.00 im ausserordentlichen Falle. Postenliste der Halbesche-Beilage M. 2.00 in Einzelhefte und M. 10.00 im ausserordentlichen Falle. Postenliste der Halbesche-Beilage M. 2.00 in Einzelhefte und M. 10.00 im ausserordentlichen Falle.

Verlags-Vertraute: Halle a. S., Neue Promenade 16 und Große Poststraße 17. Schriftführer: Hauptpostamt: Sommerhäuserstraße 14 und 11/12. Druck-Vertraute: Halle a. S., Große Poststraße 17. Druck-Vertraute: Halle a. S., Große Poststraße 17. Druck-Vertraute: Halle a. S., Große Poststraße 17.

### Hoffnung auf Zahlungsnachlaß?

Die Ententeländer zur Marktkrise. / Erhebliches Sinken des Dollars. / Verschärfung der innerpolitischen Spannung. / Sozialisten und Volkspartei.

#### Das Ausland und die deutsche Finanzkrise

Die Pariser Finanzszenen niedergedrückt. Englische Bemühungen.

London, 10. Juli. Es ist bezeichnend, daß angeführt der deutschen Finanzkrise auch der Pariser Korrespondent der „Times“ als wichtige Beobachtung feststellt, daß das bisher übliche Geldspiel nach Strafmaßnahmen unterbleibe und die Pariser Finanzszenen niedergedrückt sei. Beides trifft verankert für London zu, wo eine starke Erregung herrscht. Vorläufig dürfte unbedingt die Meinung vorherrschen, daß eine Sanierung in mir noch möglich sei. Nur die „Daily Mail“ läßt den finanziellen Bankrott zu wünschen mit der Begründung, daß dann die „Großindustrie der Stinnes a. a.“ die im Verzicht stehen, der fallenden Wäntze einen abschließenden Stoß verleihe zu haben, ihre Methoden wechseln müsse. Solcher Verzicht wird auch von anderen geübt; jedoch wird erwartet, daß die Regierung alles tut, um den Markt wieder aufrechtzuerhalten. Die Auffassung Lord Beaverbrook im „Daily Express“, daß der offizielle Bankrott und die Schaffung einer neuen Währung unvermeidlich seien, ist nicht völlig vereinigt, aber der Gesamtstrom der City und der Regierung drängt auf eine sanierende Intervention hin. „Daily Chronicle“, der wie auch andere in schärfster Weise den Friedensvertrag von Versailles und besonders die Weigerung Frankreichs gegenüber dem Morgan-Komitee für die Katastrophe verantwortlich macht, deutet als die Meinung politischer Kreise an, daß die Bewilligung eines Moratoriums nicht ausreichte, um den deutschen Kredit wiederherzustellen.

Die englische Regierung entfaltet eine bemerkenswerte Tätigkeit. Lloyd George konterte mit dem erkrankten Chamberlain, aber auch mit dem amerikanischen Sozialisten sowie mit dem italienischen Außenminister Schanzer vor dessen Abreise nach Paris. Das englische Kabinett setzte ein Komitee ein, das maßgeblich schon am Dienstag dem Kabinett berichtet wird. Man nimmt an, daß die für Ende dieses Monats vorgelegene neue Zusammenkunft der alliierten Mächte erheblich früher stattfinden wird. Der amerikanische Botschafter Harves scheint der amerikanischen Regierung die Teilnahme an den Beratungen empfohlen zu haben; doch verdient die Ansicht des „Daily Express“ Beachtung, daß von Amerika ein aktives Eingreifen erst nach den Novemberwahlen erwartet werden könne; imerhin könnte die ebenfalls erst für Herbst vorgelegene neue Zusammenkunft des Morgan-Komitees alsbald erfolgen. „Daily Telegraph“ betrachtet es als möglich, daß Frankreich nunmehr einwillige, die Bankiers ungehindert die Gesamtsfragen prüfen und Vorschläge machen zu lassen. Jedenfalls deuten alle Anzeichen darauf hin, daß London wiederum im Sinne einer solchen mehr umfassen Lösung arbeiten wird.

London, 10. Juli. Der Washingtoner Berichtshatter der „Morning Post“ erklärt, er höre von zuverlässiger Seite, ein Eingreifen der amerikanischen Regierung anläßlich der deutschen Krise sei in Aussicht. Der einzig mögliche Schritt sei der eines privaten Bestandes. Hierbei sei zu bedenken, daß Morgan nach Paris gekommen sei, um an einem solchen Plan mitzuarbeiten, daß dieser Plan aber erfolglos geblieben sei, da die Hilfsquellen Deutschlands, die die unentbehrliche Sicherheit für eine ausländische Anleihe bieten müssen bereits verpändert seien.

London, 10. Juli. Der „Oberver“ sagt, der Zusammenbruch der Mark ist so pöflich erfolgt, daß die Banken es vielleicht ablehnen werden, sich überhaupt mit deutschen Zahlungsmitteln zu befassen. Die Entwertung der Mark ist allerdings nicht Deutschland, sondern seinen Gläubigern zuzurechnen. Das Reparationsproblem darf nicht länger unerledigt bleiben.

„Daily Chronicle“ schreibt in einem Leitartikel über die Politik in der Reparationsfrage, trotz der gemachten Erfahrungen und trotz des Rates der Finanzleute habe Frankreich die Bedingungen des Finanzmittels erworben und dadurch eine internationale Anleihe zu Fall gebracht. Auch das englische Industriegebiet habe ein Hindernis für die deutsche Ausfuhr und die deutsche Zahlungsfähigkeit. Unter solchen Umständen müsse die deutsche Mark ihren Niedergang fortsetzen.

#### Die Markfrage vor dem Unterhaus.

London, 11. Juli. Im englischen Unterhause wurden gestern Nachmittag mehrere Fragen bezüglich der deutschen Markentwertung gestellt. Der Abgeordnete Kenworthy erkundigte sich nach dem Einfluß des Marksturzes auf die englische Ausfuhr. Der Handelsminister erklärte, daß sich die Regierung dieser Gefahr bewußt sei. Der Abgeordnete Britten erkundigte sich nach dem Einfluß der Regierung auf den Marksturz aufzufassen, seine

Antwort. Der Abgeordnete Denton stellte an Lloyd George die Frage, ob die englische Regierung in Anbetracht der gegenwärtigen Lage nicht daran denke, auf einen Teil ihres Guthabens gegenüber Frankreich zu verzichten. Lloyd George erwiderte ausweichend, daß ein derartiger Plan sehr viel Verbindungen mit sich bringe und daß es sich jetzt als unmöglich erweisen würde. Diese Frage könne nicht durch ein Frage- und Antwortspiel erledigt werden. Die Regierung werde noch vor Schluß der Session Erklärungen über diese Frage abgeben, sofern sie sich bis zu diesem Termin weiterentwickelt habe. England allein könne übrigens dieses Problem nicht lösen. Auf die Frage, ob Deutschland den guten Willen habe, erklärte Lloyd George, daß weder Frankreich noch Belgien bis jetzt die geringste Vergütung für Sachschäden bekommen hätten. Diese Tatsache werde sehr ernst, und man müsse sich mit ihr beschäftigen.

#### Zuversicht in Berlin.

Berlin, 11. Juli. In unterrichteten Berliner Kreisen der Finanzszenen man bestimmt damit, daß Deutschland ein Moratorium gewährt wird. Heute werden in Paris die Verhandlungen der deutschen Beauftragten mit der Reparationskommission beginnen. Nach in Berlin vorliegenden Informationen sieht man auch in Frankreich jetzt ein, daß Deutschland nicht zahlen kann und einen Zahlungsaufschub erhalten muß. Jedoch wird Frankreich an das Moratorium wahrscheinlich verschiedene Bedingungen knüpfen, vor allem die eines

#### Abgabe der SPD. an die Volkspartei.

Berlin, 11. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) In der gestrigen Fraktionsführung der Sozialdemokratischen Partei wurde folgende Entscheidung gefaßt: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erklärt, daß die zum Schutze der Republik zu beschließenden Gesetze nur von einer entschiedenen republikanischen Regierung durchgeführt werden können. Die Deutsche Volkspartei hat bis in die letzte Zeit in ihrer Bekämpfung einer Reihe wichtiger Regierungsvorlagen die notwendige Rücksicht auf das Interesse des Staates und die Bedürfnisse der breiten Volksschichten vermessen lassen. Sie hat erst nach der Ermordung Rathenaus die Vorlage über die Einreiseumlage abgelehnt. Unter diesen Umständen würde die Einreiseumlage der Deutschen Volkspartei in die Regierungskoalition bei den breiten republikanischen Massen das Vertrauen und die Achtung der Regierung, die Gesetze zum Schutze der Republik energig durchzuführen, aus tiefer erschüttern. Für die sozialdemokratische Reichstagsfraktion kommt daher die Mitarbeit in einer nach rechts erweiterten Regierung nicht in Frage.

#### Deutsche Volkspartei und Unabhängige.

Berlin, 11. Juli. Die deutsche Volkspartei hat gestern, wie wir von einer maßgeblichen Person der Partei erfahren, beschlossen, auch in eine Regierung einzutreten, der die Unabhängigen beitreten. In der Hauptsache ist dieser Beschluß der Partei in dem Bestreben herbeigeführt, die Krise zu vermeiden und eine breite Koalition zu schaffen. Zentrum und Demokraten haben diesen Beschluß der Deutschen Volkspartei freudig begrüßt. Die Sozialdemokraten hielten infolgedessen ebenfalls eine Fraktionsführung ab, um sich mit der Frage zu beschäftigen.

#### Die Streikgefahr im Ruhrbergbau.

Berlin, 10. Juli. Die Lage im Ruhrkohlenbergbau wird als überaus ernst angesehen. Reichsarbeitsminister Braun reiste heute nach Essen, um den Verhandlungen zur Beilegung des drohenden Konflikts beizuwohnen. Die Verhandlungen beginnen Dienstag vormittag. Am 14. Juli findet in Dortmund eine Konferenz der Bergarbeiter statt, die zu dem Ergebnis der Verhandlungen Stellung nehmen wird. Bei einem Mißerfolg folgt dann am 15. Juli der Verhandlung der Kündigungsscheine an die Werke erfolgen, was gleichbedeutend wäre mit der Streikfähigkeit für den 1. August. Es muß betont werden, daß zwar die Kündigungsscheine nur von dem sozialdemokratischen Allgemeinen Bergarbeiterverband ausgeht, daß aber die Forderungen der Bergarbeiter von allen Verbänden, auch den christlichen und den politischen, gebett werden.

Heutiger Stand des Dollars 480.

#### Neuwahlen?

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Wenn man aus dem Gang der Verhandlungen im Reichsausschuß des Reichstages über den Wechseln zum Schutze der Republik einen Schluß ziehen darf, so kann man ruhig sagen, daß alles im schärfsten Not und Blei und es gar keine Frage ist, daß dieses Gesetz mit einer großen Mehrheit im Plenum angenommen wird. Denn auch nach am gestrigen Montag, dem Tage, da das Gesetz im Plenum zur zweiten Lesung kam, verliefen die Verhandlungen darüber im Reichsausschuß in voller Harmonie; durch gegenseitiges Ubs und Zugeben wurden einzelne Stellen gemildert, andere verschärft, wieder andere erhielten neue Formulierungen, die jeden Zweifel bei der Auslegung ausschließen sollen, so daß man ruhig sagen darf, daß das Gesetz wirklich die Gestalt bekommen wird, die jeden Demokraten und jeden Republikaner im Interesse des Schutzes der Republik notwendig erscheint. Trotzdem wäre es fast ein „zufälliger Optimismus“, zu glauben, daß das Gesetz nun tatsächlich über den Berg sei und es unangenehm das Plenum passieren werde. Wenn es sich nur um seinen sachlichen Inhalt handeln würde, so wäre diese Hoffnung erlaubt. Leider aber steht im Vordergrund des politischen Interesses noch eine andere Frage, die von den Mehrheitssozialisten eng damit verknüpft wird und die sie möglicherweise heranziehen werden, um das Gesetz trotzdem zu sabotieren und den bürgerlichen Parteien die Schuld an seinem Nichtzustandekommen in die Schuhe zu schieben. Das ist die Frage des Eintritts der Unabhängigen in die Regierung. Die Lage ist jetzt ver worren e n n e und es dient wahrlich nicht zu ihrer Klärung, daß durch den noch immer andauernden Buchdruckerstreik die Groß-Berliner Bevölkerung ganz einheitlich nur durch die Arbeiterpresse informiert wird und gar keine Gelegenheit hat, durch die große Berliner demokratische Presse auch andere Ansichten zu hören. Das aber wäre schon deshalb bringend wichtig, weil die sozialistische Presse die Dinge denn doch nicht richtig darstellt und größtenteils von falschen Voraussetzungen ausgeht.

So wird z. B. behauptet, daß die bürgerlichen Koalitionsparteien die Auflösung des Reichstages scheuen, bisher aber nichts getan hätten, um sie zu verhindern. Als das Zentrum sich zu einer Reichstagsauflösung stellen würde, ist uns nicht bekannt. Für die Demokraten jedenfalls liegt die Sachverhaltsfrage nicht so, daß sie unter allen Umständen einer Reichstagsauflösung aus dem Wege gehen wollten. Es ist einmütig bekannt, wenn von sozialistischer Seite gesagt wird, die Koalitionsparteien hätten bisher nichts getan, um eine Reichstagsauflösung zu verhindern. Darf man fragen, was sie bisher dazu eigentlich hätten tun sollen? Daß die Demokraten an dem Zustandekommen des Schutzgesetzes für die Republik bisher auch eifrig mitgearbeitet und daß manche Verschärfung darin ihren Anträgen zu verdanken ist, wird wohl auch von sozialistischer Seite nicht bestritten werden. Dennoch bliebe nach Ansicht jener Kreise offenbar nichts anderes übrig, als daß die Demokraten nun auch noch bedingungslos zu dem Eintritt der Unabhängigen in die Regierung Ja und Amen sagen würden. Denn darauf läuft ja doch, um das Kind beim rechten Namen zu nennen, die ganze Geschichte hinaus. Die Mehrheitssozialdemokratie hat die Unabhängigen noch nie so sehr am Schutze gehalten, wie gerade gegenwärtig, und fürchtet, nach ihrer das Glied der Widervereinigung, der bisher feindlichen Brüder nicht lo rauch mehr gelingen wird, wenn jetzt der Plan der Vereinigung innerhalb der Reichsregierung scheitern sollte. Das kann man den Sozialisten von ihrem Standpunkte aus sehr wohl nachsehen. Aber das dürfte denn doch kein Grund für eine Auflösung sein, wie sie der „Vorwärts“ begehrt, der zu dem Verantwortlichen der Deutschen Volkspartei an die bürgerlichen Koalitionsparteien u. a. bemerkt, die Sozialdemokratie denke gar nicht daran, statt der Unabhängigen die Partei des Herrn Stresemann in die Koalition aufzunehmen. Der „Vorwärts“ weiß sehr wohl, daß es sich da r u m n i e g e b a n d e l t hat, sondern daß zum Zentrum und den Demokraten gleichzeitig mit der Verbreiterung der Regierung u n g s b a s i s nach links auch eine solche nach rechts angeht. Diefem Gedanken hat die Entschiedenheit des Reichsausschusses der Deutschen Volkspartei denn auch von neuem die Wege gebnet. Gewiß würde der Ausfall von Neuwahlen in fastem Maße von der Parole der Reichstagsauflösung abhängig sein. Aber die Sozialdemokratie dürfte sich doch erheblich käuflich, wenn sie etwa der Ansicht hülte, daß sie etwa selbst bei einem gemeinsamen Wahlkampf der beiden sozialistischen Parteien mit einer härteren Vertreterzahl in den Reichstag zurückkehren würde als jetzt. Es wäre dringend zu empfehlen, daß sie sich besser über den Umdeutung der Stimmung in der Bevölkerung orientierte, die nach Rathenaus Ermordung aus äußerer Empörung kam, jetzt aber durch die linksradikalen Ausfereitungen und E s a n d a t e n — wie erst jetzt wieder durch den Totschlag eines kriegsbeschädigten Offiziers in Singen und durch die zahllosen unnützen Demonstrationen einer gewaltigen Rückslauf erlitten hat, der gewiß allen anderen Parteien eher als den sozialistischen zugute kommen würde.

Im übrigen wären Neuwahlen auch vom Standpunkte der notwendigen Gesundung des Parteiwesens nicht abzulehnen. Daß dabei vor allem die Deutschnationalen die Leidtragenden wären, ist gar keine Frage. Denn je gering innerjaß der Deutschnationalen Reichstagsfraktion die Zahl derer



... die von der deutschen Nationalen ... wissen wollen, so groß ist ihre Anzahl unter der Wählererschaft, die gerne deutsch-national, aber auch gerne antinährliche Menschen dabei bleiben wollen. Die sozialistischen Parteien werden sich aber immerhin einbinden, daß etwa sie die freieste ...

### Das Schußgesetz im Reichstage.

Not der Sozialisten und der Jungheizer. Berlin, 10. Juli. Die Interpellation Bergt (Dn.) betr. Aufruch und Anarchie im Lande ...

### Zweite Lesung des Schußgesetzes.

Abg. Dr. Bell (Str.) berichtet eingehend über die Verhandlungen des Rechtsauschusses. Der Ausschuss hat der Ausweisung von Mitgliedern ...

### Der Berliner Buchdruckerstreik dauert fort.

Berlin, 10. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die Generalversammlung der Buchdrucker, die heute vormittag im Gewerkschaftshaus tagte, beschloß, den Streik weiter zu führen. ...

### Ein Zeuge aus vorgeichtlicher Zeit.

Die Zeiten sind vorbei, wo Afrika der „dumme Erdteil“ war. Heute ist die ganze Erde schon so erforscht, daß man nicht mehr viel neues erwartet. ...

## Begnadigung gemäßigter Eisenbahnbediensteter.

Von Otto Schacht - Steglitz, M. d. R.

Nach dem Eisenbahnstreik im Februar dieses Jahres sind eine Anzahl Eisenbahnbediensteter, Beamte, Angestellte und Arbeiter auf Grund von Richtlinien, die das Reichsministerium ...

Beamte, die lediglich als sogenannte Mittläufer der Streikpartei der Reichsgesellschaft gefolgt sind und nach Beendigung des Streiks ihren Dienst wieder aufgenommen hatten, sollen straflos ausgehen. ...

Auf meine „keine Anträge“ vom 7. April d. J., in der ich auf die Klagen wegen Nichtbeachtung der Richtlinien hinwies, antwortete der Reichsverkehrsminister, daß er alles über die Richtlinien hinausgehenden Maßnahmen ...

Ein Gleichwohl wollen die Klagen nicht verstummen und wenn auch die Zahl der Fälle inzwischen weiter zurückgegangen sind und neue nicht mehr anhängig gemacht werden sollen, so ...

und Parlament sehr ungünstig aus und trägt zur Vermehrung der Zahl der Staatsbediensteten bei. Man braucht gewiß nicht in dem Verdrach zu kommen, ein Freund des Februarstreiks zu sein, wenn man den Wunsch äußert, daß solcher Entwicklung ...

Die Reichsgesellschaftsminister teilt mit, daß an dem Eisenbahnstreik insgesamt 115 000 Beamte beteiligt gewesen sind. ...

### Polnische „Stegesfeier“ in Kattowitz.

Polen plant für den 16. Juli eine große Feier in Kattowitz, um den Haß der oberbesessenen Gebiete zu feiern. Aus ganz Polen werden Vertreter ...

### Empfängnis an ehrenverwehrene Weibern.

Doppel, 10. Juli. Am letzte von allen deutschgeborenen Städten Ober-Schlesiens sah gestern die Hauptstadt Döppeln den Abzug der Besatzungsstruppen ...

### Der Preussische Staatsrat ist zum 19. Juli einberufen worden.

Der Zweck der Tagung ist, die Städteordnung und das Provinzialautonomiegesez zu beraten.

PLUVIUS verbrüht GROSSFEUER Zeugnisse über gelöschte Brände kostenlos. Pluvius & Feuerlöcher-Gesellschaft m. b. H. Berlin-Charlottenburg 2 / gegründet 1905.

### Einweihung des Mar-Regier-Archivs.

Das Regier-Archiv, das die Witwe des Kompositen ursprünglich für ihren künftigen Staat hatte schaffen wollen, kann aber der Stadt Weimar schenken, weil der bayerische Staat sein Verbandsrecht für die Schenkungsmöglichkeit ...

Stadttheater. Heute, Dienstag, abends 7 1/2 Uhr wird „Wilhis Frau“ gegeben. Mittwoch „Der Engelmann“, Donnerstag „Münch“, Freitag „Rigoletto“, Sonnabend „Der Spinnrockt“, Sonntag „Der Farneselinn“. Große Feste aus der Provinzialität. Die Fortschrittlichen in Lausitz in Wahren sind schon lange als Fortschrittlichen ...